

immer noch nicht verabschiedeten Food Security Bill. Während Indien seit 1997 oft Wachstumsraten von 7 Prozent und mehr verzeichnet, gelten heute immer noch mehr als 250 Millionen Menschen als mangel- und/oder unterernährt. Während mehr als 43 Prozent der Kinder unter 5 Jahren untergewichtig sind, verrotten zur gleichen Zeit Nahrungsreserven in staatlichen Getreidesilos. Art. 21 der indischen Verfassung garantiert das Recht auf Leben. In der Zusammenschau mit Art. 47, einer Staatszielbestimmung zum Recht auf Ernährung (Duty of the State to raise the level of nutrition and the standard of living and to improve public health), leitet der indische Supreme Court seit 2001 ein Recht auf Ernährung ab, das der indische Gesetzgeber seit einiger Zeit unter schwierigen koalitionsären Bedingungen in Gesetzesform zu gießen versucht. FIAN begrüßt die Initiative der indischen Regierung zwar, fordert aber zugleich, dass der Staat sicherstellen müsse, dass landwirtschaftliches Land nicht zweckentfremdet genutzt wird und daß der Staat den tatsächlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zugang zu ausreichender und ausgewogener Nahrung sichern müsse: Weizen und Reis allein reichten nicht aus!

Die Tagung wurde beendet mit einer Vorstellung der Freiwilligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests) durch Frau Caroline Kruckow von Brot für die Welt. Die Prinzipien der Richtlinie besagen u. a. , dass sowohl staatlich als auch nicht-staatliche Akteure inklusive von Wirtschaftsunternehmen Landrechte von Individuen und Gruppen sowie deren korruptionsfreien Gewährleistung respektieren sollen, auch wenn diese oft nicht schriftlich fixiert seien.

Nach einem Tag, der reich an Informationen war, verabredeten die Teilnehmende dieses für alle sich in Indien Engagierten offenen Forums, im kommenden Jahr die Gespräche bei der Deutschen Welthungerhilfe in Bonn fortzusetzen.

Alle Dokumente finden sich auf der Themenplattform der DIZ: www.themenplattform-ez.de

Jona Aravind Dohrmann

Trierer China-Gespräche 2013: Kampfkraft – Wie leistungsfähig sind die chinesischen Streitkräfte?

Berlin, 6. Juni 2013

Mit der Forderung nach der Kriegsbereitschaft der Volksbefreiungsarmee (VBA) durch die „Fünfte Führungsgeneration“ der Volksrepublik China (VRCh), militärischen Machtdemonstrationen im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie umfassenden Rüstungsprogrammen erscheint China zunehmend offensiver in der Wahrnehmung seiner außenpolitischen Interessen. Dennoch: Seit dem „Straffeldzug“ gegen Vietnam 1979 war China in keinen größeren Krieg mehr verwickelt. Fraglich ist daher, wie leistungsfähig die chinesischen Streitkräfte gegenwärtig sind.

Hier setzten die dritten Trierer China-Gespräche an. Der Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde, Dr. Beatrice Gorawant-schy, Teamleiterin Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, sowie Prof. Dr. Martin Wagener, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund, hier für den Alumni-Verein der Politikwissenschaft Trier), begrüßten am 6. Juni 2013 rund 80 Teilnehmer in den Räumlichkeiten der BAKS in Berlin.

Prof. Dr. Martin van Creveld eruierte im ersten Vortrag, ob ein Staat im 21. Jahrhundert noch über Kampfkraft (die individuellen und kollektiven geistigen, intellektuellen sowie psychologischen Voraussetzungen, um im Kampf Angst, Leid, Verwundung und letztlich den Tod zu

ertragen) verfügen müsse, um erfolgreich Macht projizieren zu können. Mit Blick auf weniger komplexe Handlungsumgebungen wie das Weltall, die Luft und die See sei diese Frage im Zuge der Robotisierung der Machtmittel zu verneinen, während das essentielle Gefechtsfeld Land nach wie vor der *boots on the ground* und damit auch soldatischer Kampfkraft bedürfe, so der Referent. In der anschließenden Debatte schlug Meyer zum Felde die Erweiterung des Begriffs um Faktoren wie Interoperabilität, Verlege- und Durchhaltefähigkeit sowie zivile *soft power* vor.

Das folgende Referat hielt Dr. Gunter Schmid, bis 2012 Professor für Politikwissenschaft/Internationale Politik an der FH Bund. Er ging thesenartig auf die Frage ein, ob der Wechsel der chinesischen Führungsspitze 2012 einen Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik der VRCh gehabt habe. Als zentral wurde hierbei das Verhältnis zwischen der VBA, dem Staat und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) identifiziert. Nach wie vor treffe letztgenannte in der Zentralen Militärkommission die relevanten Entscheidungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, auch wenn hierüber Diskussionen im Gang seien. In Bezug auf die Selbst- und Außenwahrnehmung Chinas führte Schmid aus, hier dominiere weiterhin die Selbstperzeption der Verfolgung von legitimen Interessen in einem risikoreichen Handlungsumfeld mit den Hauptgefahren der teilweise nuklear bewaffneten Nachbarn, den USA sowie dem Separatismus im eigenen Land. Dementgegen führten Unwissen, fehlende Transparenz (z.B. bei der Anzahl einsatzfähiger Kernwaffen) sowie Kommunikationsbarrieren zu vertieften Bedrohungsperzeptionen im Westen, wovon in der Diskussion wiederholt gewarnt wurde. Die innerchinesische Debatte um die eigene Rolle im und die Bewertung des internationalen Systems mache laut Schmid bis auf Weiteres die Herausbildung eines *Beijing Consensus* unwahrscheinlich.

Prof. Dr. Martin Wagener bewertete in seinem Vortrag die prestigeträchtigen chinesischen Rüstungsprojekte der vergangenen Jahre im Hinblick auf ihren tatsächlichen Kampfwert. Dem Flugzeugträger „Liaoning“ wurde hierbei ein zurzeit begrenzter Einsatzwert zugesprochen, der insbesondere gegen schwächere Marinestreitkräfte realisiert werden könne. Das Stealth-Flugzeug J-20 sei derzeit ebenfalls noch nicht voll einsatzbereit, böte der VBA aber im Stadium der Gefechtsbereitschaft (laut CIA ab ca. 2018 erreicht) Vorteile hinsichtlich schneller Reaktionsfähigkeit und großer Eindringtiefe in Richtung des westlichen Pazifik sowie der geopolitisch relevanten Malakka-Straße. Abschließend wurde die DF-21D untersucht. Abgesehen von den nicht überwundenen hohen technischen Hürden insbesondere bei der Aktualisierung von Zielkoordinaten im Endanflug könne diese Antischiffsrakete eine psychologische „Große Mauer zur See“ gegen US-Schiffe errichten, was bereits gelte, wenn die Waffe auch nur mit viel Glück einen US-Flugzeugträger zu treffen in der Lage sei. Auf die skizzierten Projekte reagierten die USA bereits mit *rebalancing* in der Region, u.a. in Form des *AirSea Battle*-Konzeptes.

Dieser Analyse schlossen sich zwei Planspiele an. Im ersten untersuchte Dr. Dirk Schmidt von der Universität Trier die Möglichkeit einer militärischen Eroberung Taiwans durch die VBA. Zu Beginn wies der Referent auf die schwierige und unvollständige Quellenlage bezüglich der Streitkräfte beiderseits der Taiwanstraße hin. Er führte weiterhin aus, trotz quantitativer Überlegenheit der VBA sei aufgrund der spezifischen geographischen Herausforderungen, des taiwanischen Abwehrwillens sowie der fehlenden Problemlösungskultur und Trainingsrückständen aufseiten der VBA eine siegreiche militärische Konfliktlösung – sowohl durch eine amphibische wie auch durch eine Luftlandeoperation – innerhalb der kommenden fünf bis zehn Jahre unmöglich.

Im zweiten Planspiel konzentrierte sich Dr. Gerhard Will von der Stiftung Wissenschaft und Politik auf die Option Chinas, seine Interessen im Südchinesischen Meer gewaltsam

durchzusetzen. Dieser Raum sei für die chinesische Führung aufgrund von wirtschaftlichen (Ressourcen) wie auch politischen Interessen (territoriale Integrität) von zentraler Bedeutung. Auch wenn davon auszugehen sei, dass die chinesische Führung mit Blick auf den eigenen Handel die Konfliktintensität niedrig halten werde, erscheine eine Militarisierung der Politik, verstärkt durch den populistischen Druck nationalistischer Kreise auf die Regierungen in Südostasien, hier möglich.

Zusammenfassend hob Wagener hervor, dass neben der Wichtigkeit des gestellten Themas und des großen Interesses hieran auch die Grenzen der Analyse aufgrund schwieriger oder fehlender Quellen deutlich geworden seien. Völlig offen müsse etwa bleiben, wie die VBA angesichts der fehlenden Erfahrung mit den Friktionen des Gefechtsfeldes im Sinne des Carl von Clausewitz umgehen würde.

Matthias Schneider

Ursachen, Geschichte und Folgen des Kalten Kriegs im Vergleich: Deutschland und Korea

Eberhard Karls Universität Tübingen, 10.–12. Juli 2013

Die Konferenz „Ursachen, Geschichte und Folgen des Kalten Kriegs im Vergleich: Deutschland und Korea“ war die bisher zweite große, internationale Tagung, die von der Sektion für Koreanistik der Eberhard Karls Universität Tübingen organisiert wurde. Die Veranstaltung steht dabei in der Reihe einer bereits über zehnjährigen Zusammenarbeit zwischen deutschen und koreanischen WissenschaftlerInnen und wurde gefördert durch die Bundesstiftung Aufarbeitung, sowie die Kooperationspartner Institute for Peace and Unification Studies der Seoul National University, das Institute for Korean Historical Studies in Seoul und das Historische Institut der Universität Potsdam. Bereits eine derartige transnationale Förderung der Veranstaltung durch Stiftungen und Forschungseinrichtungen zweier Länder, die beide während des Kalten Krieges eine Teilung erfahren, ist ein erstes Indiz für den Wunsch einer ebenso transnationalen Kooperation zur Erforschung der Ursachen der Teilung, der lokalen wie globalen Geschichten und Erfahrungen, aber eben auch den Zukunftsvisionen während und jenseits des Kalten Krieges.

Damit ist jedoch bereits eine signifikante Asymmetrie zwischen den Geschichten Deutschlands und Koreas angedeutet, die auch während der Konferenz wiederholt zu Diskussionsbedarf führte, da Korea, ganz im Gegensatz zu Deutschland, eben keine Vereinigung erfahren hat. Damit ist eine Vielzahl von Fragen verbunden, bspw. ob Deutschland eine „Modellfunktion“ habe oder nur eine Referenz für eine mögliche Vereinigung Koreas sein kann; ob die regionalen historischen und geopolitischen Kontexte in Europa und Ostasien – vor dem Hintergrund, dass es sich um imaginierte regionale Einheiten handelt – nicht sehr divergieren, allein dadurch, dass in Europa der Kalte Krieg tatsächlich immer „kalt“ blieb, in Ostasien jedoch mehrfach in „heißen“ Kriegen ausgetragen wurde; und – daran anknüpfend – ob die Bezeichnung des Kalten Krieges nicht doch ein stark eurozentrisches Konstrukt ist, das eben aus einer westlichen Perspektive heraus die Ära zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 1989 sinnvoll umschreibt, uns jedoch ein zu starres, bipolares Blockdenken aufpropft, welches die multiplen Facetten dieser Ära ignorieren kann und aus dem Blick verliert, dass es eben doch nicht nur einen, sondern viele „Kalte Kriege“ gab, die unterschiedlich erfahren und praktiziert wurden.

Dementsprechend problematisch hat sich auch der Dialog zwischen deutschen und koreanischen HistorikerInnen, Kultur-, Regional- und SozialwissenschaftlerInnen dargestellt, der sich